

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 – Europäischer Rat in Barcelona -

Dazu sagt der europapolitische Sprecher
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Rainer Steenblock:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 133.02 / 17.05.2002

Die Integration kommt voran

Barcelona war kein großes geschichtliches Ereignis. Es gab keine spektakulären Beschlüsse. Die Ehrlichkeit gebietet aber doch, differenziert mit dem umzugehen, über was in Barcelona verhandelt und was beschlossen worden ist.

Wenn man sich das genauer anschaut, dann stellt man fest, dass dort sozusagen die integrationspolitische Kärnerarbeit geleistet wurde. Diese Arbeit ist mühsam und kleinteilig. Insofern kann sich das, was in Barcelona beschlossen worden ist, sehen lassen.

Ich will Ihr Augenmerk zunächst auf einen Aspekt richten, der in der Berichterstattung nur am Rande erwähnt wurde, nämlich auf die Tatsache, dass in Barcelona 28 Staats- und Regierungschefs, also die Vertreter der 15 Mitgliedstaaten mit den 13 Beitrittsländern, zusammensaßen. Es ging bei den Beratungen nicht um Beitrittsprobleme oder um die Formulierung von Kompromissen im Beitrittsprozess. Vielmehr hat das Europa der 28 über die Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsprozesses gemeinsam diskutiert.

Zum ersten Mal war es eine Selbstverständlichkeit, dass alle 28 beieinander saßen. Auch dies ist ein ganz wichtiges Signal, das in die Beitrittsländer ausgesandt wurde: Wir rechnen mit euch, wir rechnen mit eurem Beitritt und wir wollen mit euch gemeinsam auch schon vor dem Beitritt die anstehenden Zukunftsprobleme diskutieren.

Die Auseinandersetzung über die Öffnung der Gas- und Strommärkte war ein Hauptthema, das besonders in den Medien seinen Niederschlag gefunden hat. Wir alle hätten uns mehr gewünscht. Die Öffnung der Märkte ist ein zähflüssiger Prozess, der leider nicht so schnell vorangeht, wie wir es uns erhofft haben.

Grüne

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Wir müssen uns jetzt aber nicht nur mit unseren Partnern kritisch auseinander setzen und den Zeigefinger auf den einen oder anderen richten, sondern auch deutlich machen, dass wir selbst uns kritisch mit den Verhältnissen bei uns im Hinblick auf diese Marktöffnung auseinander setzen müssen.

Als zentrale politische Botschaft verdient hervorgehoben zu werden, dass das soziale und ökologische Integrationsmodell Europa langsam aber konsequent weiterentwickelt werden soll. Dazu gehört die engere Verzahnung und Liberalisierung von Teilmärkten, die trotz des Binnenmarktes noch immer von nationalen Monopolen geprägt sind, ebenso wie die gemeinsame Zielsetzung für eine Modernisierung - Erhöhung der "digitalen Kompetenz" (Breitbandkabel) - und Europäisierung - frühes Erlernen von zwei Fremdsprachen - der Bildung und Ausbildung, um auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Zeitalter der Globalisierung zu sichern. Die Staats- und Regierungschefs haben auch bekräftigt, wie notwendig es ist, für eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung auf nationaler und globaler Ebene die Arbeit an gemeinsamen Lösungen für die Umweltprobleme zu intensivieren. Es bleibt zu hoffen, dass der Europäische Rat damit neue Impulse für wichtige Reformen auf nationaler Ebene gegeben hat.

Die Lissabon-Strategie stand im Mittelpunkt der Beratungen. Ich glaube, es ist richtig, dass wir uns in Europa nicht nur zusammensetzen sollten, um hehre Ziele zu formulieren. Wir sollten vielmehr in regelmäßigen Abständen selbstkritisch überprüfen, ob wir auf dem richtigen Weg sind und ob wir auf nationaler Ebene das Richtige getan haben. Mit der kritischen Auseinandersetzung über den Lissabon-Prozess wurden in Barcelona insofern wichtige Signale gesetzt. Es geht wirklich um die zentrale Botschaft, dass die Europäische Union im Zeitalter der Globalisierung alles tun will und auch alles tut, um den Strukturwandel sozial und ökologisch zu gestalten.

Mit den Beschlüssen zum Nahen Osten hat die EU unter Beweis gestellt, dass sie gemeinsame Positionen fortzuentwickeln vermag. Hier wurde mit klarer europäischer Stimme gesprochen. Das macht Hoffnung für eine aktivere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU.
